

Stärkung der Wirtschaftskraft im Cluster Forst und Holz

Holzwirtschaft befürchtet negative Auswirkungen des Forstschädenausgleichsgesetzes für Waldumbau, Holzverarbeitung und Wertschöpfung

Der Klimawandel mit seinen Extremwetterereignissen, wie Dürren, Stürmen und Borkenkäferbefall hat in den vergangenen drei Jahren zu großen Schäden in den deutschen Wäldern geführt. Waldbesitzer in vielen Regionen Deutschlands stoßen bei der Aufarbeitung der Schäden, der Wiederbewaldung und der Waldpflege an finanzielle und organisatorische Grenzen. Doch gerade in den nächsten Jahren müssen die Anstrengungen bei dem Waldumbau hin zu klimastabilen Wäldern mit Laub- und ausreichenden Nadelholzanteilen verstärkt werden.

Neben diesen klimatischen Veränderungen haben die Folgen der Corona-Pandemie bereits deutliche Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft gezeigt. Die weitere konjunkturelle Entwicklung in vielen Bereichen wird für die Holzwirtschaft und damit auch für die gesamte Branche in den nächsten Monaten bestimmend sein.

Die Holzwirtschaft steht an der Seite der Waldbesitzer bei ihrer Forderung einer finanziellen Unterstützung, um Schäden zu bewältigen und den Wald an die Folgen des Klimawandels anzupassen. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Förderprogramme des Bundes und der Länder sowie deren Weiterentwicklung und Ausweitung mit dem Ziel, einer unbürokratischen Steigerung der finanziellen Möglichkeiten zur Waldbewirtschaftung und dem Waldumbau hin zu klimastabilen Mischwäldern. Dieses gemeinsame Ziel der Branche wird jedoch durch eine Beschränkung des Holzeinschlags im Rahmen des Forstschädenausgleichsgesetzes nicht erreicht, sondern vielmehr ins Gegenteil verkehrt werden.

Zentrales Ziel der Forst- und Holzwirtschaft muss es aus Sicht der beteiligten Verbände daher sein, die Wirtschaftskraft der Branche während der Krisen zu erhalten und auszubauen, um Unternehmen, Arbeitsplätze und Klimaschutz zu stärken. Denn nur damit kann die Grundlage für klimastabile Wälder geschaffen werden.

Holzwirtschaft wirtschaftlicher Stabilitätsanker in der Krise

Die Verbände erkennen die Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen im Bundesrat an, den Waldschäden durch verschiedene Maßnahmen begegnen zu wollen. Auch die beteiligten Verbände möchten die Waldbesitzer bei der Schadensbewältigung durch finanzielle Förderungen unterstützen. Eine Beschränkung des ordentlichen Holzeinschlags im Rahmen des Forstschädenausgleichsgesetzes wird diesem Ziel jedoch nicht gerecht.

Vielmehr werden mit einer solchen Einschränkung des Rohholzangebotes Marktbarrieren geschaffen, die insbesondere kleine und mittlere Unternehmen treffen werden. In Zeiten einer drohenden Rezession, unklaren Wirtschaftsentwicklung und milliardenstarker Konjunkturprogramme ist der Erhalt der

Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Holzwirtschaft geboten, die sich bisher als ein Stabilitätsanker der deutschen Wirtschaft erwiesen hat.

Eine pauschale Einschlagsbeschränkung über ganz Deutschland bis zum Herbst 2022 würde zudem weder die unterschiedliche regionale Betroffenheit und Marktentwicklung widerspiegeln noch zu der drängenden Verarbeitung der geschädigten Hölzer beitragen. Bereits heute sind einige Regionen Deutschlands stärker von den Waldschäden betroffen, was sich auch auf die regionale Versorgung mit Frischholz auswirkt.

Zudem haben zahlreiche Unternehmen der Holzindustrie während der letzten drei Jahre ihre Produktionskapazitäten erheblich aufgestockt, um ihren geforderten Beitrag zur Bewältigung der Schadhölzer und auch zu einer stärkeren Holzverwendung für den Klimaschutz zu leisten. Eine gesetzlich eingeschränkte Rohholzverfügbarkeit würde nun durch die begrenzten Logistikkapazitäten in vielen Gebieten zu deutlichen Versorgungsengpässen vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen mit einer regionalen Rohholzversorgung und ohne Gleis- oder Wasseranbindung führen. Daraus ergeben sich nicht nur negative Folgen für die betroffenen Unternehmen, sondern durch lange Transportwege und damit eingeschränkte Transport- und Logistikkapazitäten auch für die Verarbeitung der Hölzer und den Klimaschutz. Denn ohne eine ausreichende Versorgung wird die Herstellung vieler Materialien stark eingeschränkt, die zwingend auf Frischholz in ihren Produkten und Verarbeitungstechniken angewiesen sind. Diese regionalen Verarbeitungsmöglichkeiten werden jedoch dringend bei dem Waldumbau und der Herstellung klimafreundlicher Produkte und Materialien benötigt.

Denn Ziel muss es sein, in Regionen, die die Kalamitäten bereits überwunden haben, die Waldbesitzer bei dem Umbau hin zu klimastabilen Wäldern zu unterstützen. Eine Einschlagsreduktion würde viele Waldbesitzer über mehrere Jahre bei der Bewirtschaftung ihrer Wälder beschränken.

Einschränkungen der heimischen Holzverarbeitung und Verwendung

Denn angesichts des gleichzeitig zur Corona-Krise fortschreitenden Klimawandels kommt Wald und Holz eine zentrale Rolle als CO₂-Speicher und klimaschonender Baustoff, Holzwerkstoff, Verpackungsmaterial oder Papierprodukt zu. Das Ziel einer steigenden Holzverarbeitung und -verwendung in Deutschland würde durch eine Beschränkung der Nutzung heimischer Hölzer ebenso beeinträchtigt werden, wie der Aufbau weiterer Produktionskapazitäten, Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Cluster Forst und Holz.

Die beteiligten Verbände möchten abschließend noch einmal bekräftigen, dass sie den Wunsch einer finanziellen Unterstützung der Waldbesitzer ausdrücklich teilen. Um jedoch die ausgeführten Auswirkungen von Markteingriffen zu vermeiden, würden neben Förderprogrammen vielmehr die vorgeschlagenen Maßnahmen bei der Holzlagerung und der Transportlogistik, wie die bundeslandübergreifende Anhebung der zulässigen Gesamtgewichte, entscheidend dazu beitragen, die Wirtschaftskraft im ganzen Cluster zu stärken.